

Gesundheits- und
Fürsorgedirektion
des Kantons Bern
Rathausgasse 1
3011 Bern

PolitischeGeschaeefte.gsi@be.ch

Bern, 12. Februar 2020

Vernehmlassung zur Teilrevision des Spitalversorgungsgesetzes (SpVG)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Teilrevision des Spitalversorgungsgesetzes.
Wir erlauben uns, Ihnen nachfolgend die Bemerkungen der BDP des Kantons Bern darzulegen.

Generelles

Die vorgeschlagenen Änderungen sind die Folgen dreier Vorstösse des Grossen Rates und weiteren Anpassungen der GSI.
Die BDP Kanton Bern hat bereits in der Debatte die Motion Fuchs 205-2015 (Vertrauliche Geburt als lebensrettende Ergänzung zum Babyfenster) und den Grossratsbeschluss Nr. 2015.GEF.1737 vom 7. Juni 2016 (Verselbständigung der kantonalen psychiatrischen Dienste) einstimmig unterstützt.
Die Motion Marti 131-2018 (Schluss mit überhöhten Chefarztlöhnen) hat die BDP-Fraktion jedoch abgelehnt. Die BDP Kanton Bern bleibt bei ihrer Haltung.

Zu einzelnen Punkten

Art. 7 Abs. 2:

8-10 Jahre bis zur nächsten Versorgungsplanung sind lange. Deshalb ist es wichtig, dass aktives Beobachten der Spitallandschaft auf Verordnungsstufe geregelt wird. Wir unterstützen jedoch diese Flexibilisierung auch im Sinne der Effizienz.

Artikel 39a (neu)

Diese Anpassung schafft gleich lange Spiesse für die Psychiatrie und wird unterstützt. Wir unterstützen die gleiche Handhabung wie bei den Regionalen Spitalzentren.

Artikel 51 Abs. 5

Diese Anpassung wird von der BDP unterstützt.

Artikel 51 a (neu)

Die Offenlegung der Chefarztlöhne lehnt die BDP ab. Der BDP ist es wichtig, dass die Offenlegung ohne Namen geschieht. Trotzdem geben wir zu Bedenken, dass mit der vorgelegten Lösung eine Scheintransparenz entsteht oder entstehen kann. Es besteht die Gefahr, dass dem Kanton Bern hiermit ein Standortnachteil entsteht, was sogar zu Wegzügen von Chefarzten führen könnte. Der BDP Kanton Bern ist dieses Risiko zu gross, zumal diese Lösung ebenfalls zu mehr Verwaltungsaufwand führt.

Artikel 55a

Die vorgeschlagene Regelung zur vertraulichen Geburt wird von der BDP unterstützt.

Die BDP Kanton Bern bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Ergänzungen und behält sich ausdrücklich vor, in der Beratung weitere Anträge zu stellen.

Freundliche Grüsse



Jan Gnägi
Präsident BDP Kanton Bern



Astrid Bärtschi
Geschäftsstelle BDP Kanton Bern